

Im Alter drohen Einkommenslücken

Für den Mittelstand wird es zunehmend schwierig, mit der Rente den gewohnten Lebensstandard zu halten

MICHAEL FERBER

Vielen Arbeitnehmern in der Schweiz droht nach der Pensionierung eine erhebliche Einkommenslücke. Dies zeigen aktuelle Berechnungen des VZ-Vermögenszentrums. Laut dem Finanzdienstleister machen die Renten aus AHV und Pensionskasse bei einem Mann, der brutto 100 000 Franken pro Jahr verdient, nach der Pensionierung mit 65 Jahren im Durchschnitt nur 53 Prozent des letzten Lohnes aus. Im Jahr 2002 seien es noch 62 Prozent gewesen.

Gemäss der Bundesverfassung sollen die Renten aus AHV und Pensionskasse zusammen die Fortsetzung des gewohnten Lebensstandards ermöglichen. In der Praxis geht man von 60 Prozent des letzten Lohnes vor der Pensionierung aus. Die sogenannte Ersatzquote errechnet sich aus den Renten aus AHV und Pensionskasse. Speziell Personen mit höheren Einkommen dürften die Ersatzquote von 60 Prozent immer seltener erreichen, wie die Berechnungen zeigen. Bei einem Jahreslöhne von 150 000 Franken ist nach der Pensionierung im Durchschnitt nur mit einem Wert von 44 Prozent zu rechnen.

Vor allem die Renten aus der Pensionskasse sind in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Da sie auf die ultraniedrigen Zinsen und die Alterung der Schweizer Bevölkerung reagieren mussten, haben viele Vorsorgeeinrichtungen die Umwandlungssätze gesenkt. Der Umwandlungssatz bestimmt, wie das angesparte Kapital in der Pensionskasse in eine jährliche Rente umgewandelt wird. Hat jemand beispielsweise bis zur Pensionierung 500 000 Franken angespart und der Umwandlungssatz beträgt 5 Prozent, erhält die Person eine jährliche Rente von 25 000 Franken.

Viele setzen auf die 3. Säule

Karl Flubacher, Mitglied der Geschäftsleitung beim VZ-Vermögenszentrum, sagt, die durchschnittliche AHV-Rente sei in den vergangenen zwanzig Jahren zwar um 19 Prozent gestiegen, doch dies kompensiere die Rückgänge bei den Renten aus den Pensionskassen nicht. Hinzu komme, dass derzeit kaum eine Pensionskasse die Inflation, welche die Kaufkraft der Renten entwertet, ausgleiche.

Aus seiner langjährigen Praxis könne er sagen, dass die Ersatzquote bei Einkommen von 100 000 Franken bestenfalls noch bei 50 bis 60 Prozent liege, sagt auch Reto Spring, Präsident des Finanzplaner-Verbands Schweiz. Bei Gutverdienenden jenseits der 150 000 Franken liege sie heute schon zumeist



Viele zukünftige Pensionierte dürften im Alter weniger Geld aus der Pensionskasse haben als ursprünglich geplant. SIMON TANNER / NZZ

unter 50 Prozent. «Ausnahmen gibt es bei einzelnen Arbeitgebern, die deutlich bessere Vorsorgepläne anbieten, als das BVG vorschreibt», sagt er.

Die Zahlen zeigen die Bedeutung des eigenverantwortlichen privaten Vermögensaufbaus. «Fast niemand ist in der Lage, nach dem Erwerbsleben seinen Standard auf unter 50 Prozent zu reduzieren», sagt Spring. Es sei kein Zufall, dass jeder dritte AHV-Rentner im Ausland lebe. Laut dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) erhielten Ende 2022 insgesamt 2,5 Millionen Personen eine AHV-Altersrente. Davon flossen 789 000 an Personen mit einem Wohnsitz im Ausland, ein Sechstel von diesen hatte die Schweizer Staatsangehörigkeit.

Viele Arbeitnehmer mit Löhnen über 100 000 Franken sparten nur mit der privaten Vorsorge der Säule 3a, nicht darüber hinaus, sagt Spring. Oft machen sie zudem den Fehler, auch bei einem längeren Anlagehorizont die Säule-3a-Gelder nicht in Wertschriften-, sondern in schlecht verzinsten Kontolösungen anzusparen.

Laut der VZ-Studie sehen viele Versicherte die Lage indessen weiter gelassen. Zwar schätzten 70 Prozent der Befragten die Sicherheit der künftigen

Pensionskassenrenten als kritisch ein. 87 Prozent gingen aber davon aus, dass sie ihre eigene Pensionierung problemlos mit den Renten aus AHV und Pensionskasse sowie ihrem Vermögen finanzieren können.

Mehr Kompensationsleistungen

Christian Heiniger, Pensionskassenexperte bei dem Beratungsunternehmen Willis Towers Watson, warnt vor Panik. «Die Umwandlungssätze der Pensionskassen sind nicht mehr weiter gesunken, seit die Zinsen gestiegen sind», sagt er. Ausserdem dürfe man nicht vergessen, dass viele Pensionskassen in den vergangenen Jahren deutliche Kompensationsleistungen an ihre Versicherten gezahlt hätten, wenn sie die Umwandlungssätze gesenkt hätten.

«Versicherte sollten nicht nur auf die Umwandlungssätze schauen, sondern auch auf die Volumen ihrer Pensionskassen-Töpfe», sagt er. Diese seien bei vielen Kassen durch die Kompensationszahlungen deutlich gefüllt worden. Dadurch seien die Kürzungen oftmals weitgehend aufgefangen worden. «Es hat keinen massiven Rentenabbau gegeben», sagt Heiniger.

Individuelle Kompensationsmassnahmen der Pensionskasse gegenüber den Versicherten seien in den Berechnungen zu den Ersatzquoten nicht berücksichtigt, sagt Flubacher dazu. Bei grösseren Vorsorgeeinrichtungen habe es solche wohl oftmals gegeben, aber bei Sammelstiftungen seien Kompensationszahlungen im Allgemeinen eher unüblich, sagt er und widerspricht damit Heiniger. In Sammelstiftungen ist unter anderem die berufliche Vorsorge vieler KMU organisiert.

Zu berücksichtigen ist auch, dass manche Versicherten ihr Pensionskassenguthaben bei der Pensionierung zumindest teilweise als Kapital und nicht als Rente beziehen. Diese Bezüge flossen in die Ersatzquote nicht mit ein, sagt der Pensionskassenexperte Heiniger. Er geht zudem davon aus, dass Vorsorgeeinrichtungen ihren Versicherten in der Regel einen Inflationsausgleich zahlen, sofern die Teuerung weiterhin erhöht bleibt. Gesetzlich ist bei den Vorsorgeeinrichtungen eine Anpassung der Altersrenten an die Inflation nur dann vorgesehen, wenn sie entsprechende finanzielle Möglichkeiten haben. Bei der AHV hingegen werden die Altersrenten nach einem gesetzlichen Mischindex an die Teuerung angepasst.

«Nachhaltiges» Banking soll die Jungen ködern

Kantonalbank von Baselland setzt mit einer App auf die grüne Karte

EFLAMM MORDRELLE

Immer mehr Kantonalbanken verlassen die Komfortzone, um ihr Geschäft anzukurbeln – so auch die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB). Am Dienstag meldete das in Liestal beheimatete Staatsinstitut die «vollständige Marktöffnung» von Radicant. Dabei handelt es sich nach eigener Aussage um die «erste digitale Nachhaltigkeitsbank der Schweiz». Das einzig Radikale an Radicant: Die Bankdienste werden über eine App angeboten und sind lediglich über digitale Kanäle abrufbar. Im Zentrum stehen «nachhaltige» Produkte.

Die Lancierung erfolgt nicht ohne Nebengeräusche. Anfang Jahr manövrierte sich der damalige CEO von Radicant Anders Bally ins Abseits, weil er sich gegenüber der Belegschaft despektierlich über Baselbieter Politiker und ihr Verständnis von Digitalisierung geäussert hatte. Die Kantonspolitiker hatten Bedenken gegenüber den «strategischen Initiativen der BLKB» geäussert. Die Bank hat gemäss Radicant-Präsident und BLKB-Bankrat Marco Primavesi bisher 90 Millionen Franken in das Projekt gesteckt. Bally musste prompt den Stuhl räumen und wurde durch zwei Co-CEO, Roland Kläy und Rouven Leuener, ersetzt. Die Suche nach einem neuen Chef läuft.

Genügt grüner Zeitgeist?

Die Wogen haben sich gelegt. Radicant hat den Betrieb im März aufgenommen. Das Angebot wurde in den letzten Monaten gestaffelt eingeführt. Dass die Baselbieter spät dran sind, um auf den Nachhaltigkeits-Zug aufzuspringen, lassen die Radicant-Chefs nicht gelten. Die Gewährung der Banklizenz durch die Finma erfolgte gemäss Co-CEO Kläy in «rekordverdächtiger Zeit». Die Bank nimmt seit Herbst 2022 Kunden auf.

Radicant versucht vor allem bei jüngeren, digitalaffinen Kunden zu punkten, denen Klima und Nachhaltigkeit wichtig sind. Es werden zwar herkömmliche Bankdienste wie Kontoführung und Zahlungsverkehr angeboten. Doch bei jeder Zahlung wird der CO₂-Fussabdruck der Transaktion gemessen, zudem wird ein Teil der Bareinlagen in nachhaltige Projekte gesteckt, etwa über Investitionen in entsprechende Anleihen. Auch in der Vermögensverwaltung setzt Radicant ausschliesslich auf nachhaltig ausgerichtete Fonds und Aktienportfolios.

Mit dem exklusiven Fokus auf nachhaltiges Banking versuchen die Baselbieter den Zeitgeist zu erfassen und so Kunden zu gewinnen. Doch mit diesem Ansatz sind sie nicht allein. Neuere Finanzdienste wie Volt (Vontobel), Willbe (LLB) oder Pando (Säule 3a, Swiss Life) setzen auf die gleiche Karte. Auch traditionelle wie Neobanken haben heutzutage längst eine Nachhaltigkeitsoption im Sortiment. Sich mit einem «grünen Angebot» abzuheben, dürfte im Schweizer Markt immer schwieriger werden – auch wenn die Kontoführung bei Radicant gratis und die Preisgestaltung durchaus kompetitiv ist.

Erträge diversifizieren

Doch für die BLKB geht es nicht nur um den Nachhaltigkeitsgedanken. Wie viele andere Kantonalbanken sah sie sich in der langen Tiefzinsphase gezwungen, ihre Einkommensbasis zu verbreitern und neue Geldquellen zu erschliessen. Das klassische Zinsgeschäft mit Krediten und Hypotheken warf zu wenig ab.

Heute sind die Kantonalbanken nicht mehr darauf angewiesen, neue Einnahmequellen zu erschliessen. Seit der Zinswende steigen auch bei der BLKB die Gewinne: plus ein Fünftel auf 63 Millionen Franken im ersten Halbjahr dank dem starken Zinsgeschäft.

Wann die Baselbieter mit ihrer grünen Bank finanziell erfolgreich sein werden, ist ungewiss. Radicant gibt sich bis im Jahr 2026 Zeit, um profitabel zu werden. Die Zeit drängt also.

Arbonia hofft auf das Geschäft mit Wärmepumpen

Der Absatz von Türen und Heizkörpern harzt vor allem wegen der schwachen Baukonjunktur in Deutschland

DOMINIK FELDGES

In Deutschland werden zurzeit kaum noch neue Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut. Der Traum vom Eigenheim ist für viele Haushalte unerschwinglich geworden. Beim Ostschweizer Bauzulieferer Arbonia, der fast die Hälfte seines Umsatzes in Deutschland erwirtschaftet, spürt man das deutlich. Weil die Neubautätigkeit am Boden liege, verkaufe man viel weniger Heizkörper, Fussbodenheizungen, Türen und Duschtrennungen, sagte der Verwaltungsratspräsident und Konzernchef Alexander von Witzleben am Dienstag bei der Präsentation des Halbjahresergebnisses. Die entsprechenden Volumen bildeten sich im ersten Semester gegenüber der Vorjahresperiode um bis zu 50 Prozent zurück.

Handwerker fehlen

Auch bei Renovationen stockt es in Deutschland. Mieter bleiben lieber in ihren bestehenden Wohnungen, weil sie anderswo wegen der stark gestie-

genen Mieten mehr bezahlen müssten. Dadurch gibt es viel weniger Umzüge, die oft die Grundvoraussetzung dafür bilden, dass Sanierungen überhaupt durchgeführt werden. Ein weiteres Erschwernis ist der Mangel an Handwerkern. So fänden weiterhin kaum Badezimmer-Installationen statt, schreibt Arbonia in der Medienmitteilung. Auch bei Heizkörpern und teilweise sogar bei Wärmepumpen fehle es an Leuten, die diese fachmännisch einbauen könnten.

Das Geschäft mit Wärmepumpen ist zugleich einer der wenigen Lichtblicke bei der Arbonia-Gruppe, die wegen des widrigen Marktumfelds im ersten Halbjahr nicht nur einen Umsatzeinbruch von 10 Prozent auf 570 Millionen Franken erlitt, sondern auch in die roten Zahlen rutschte. Auf Stufe Konzernergebnis verblieb ein Verlust von 2 Millionen Franken, nachdem im Vorjahr noch ein Gewinn von knapp 12 Millionen ausgewiesen worden war.

Laut Unternehmen war die Nachfrage nach Wärmepumpen «ungebrochen hoch». Von Witzleben präziserte

an der Telefonkonferenz, dass sich das Verkaufsvolumen in diesem Bereich jüngst beinahe verdoppelt habe. Um der hohen Nachfrage gerecht zu werden, hat die Firma damit begonnen, ihr noch neues Werk für die Herstellung von Wärmepumpen in Tschechien bereits zu erweitern. Die Firma springt in diesem boomenden Geschäftsfeld indes eher spät auf den Zug auf. Laut von Witzleben beschränkt sich der Marktanteil von Arbonia bei Wärmepumpen in Deutschland und der Schweiz auf 1 bis 3 Prozent. «Es gibt noch viel Luft nach oben», räumte der Manager ein.

Noch dominieren Öl und Gas

Noch vor wenigen Jahren wurden in Deutschland lediglich rund 50 000 Wärmepumpen pro Jahr verkauft. Inzwischen sind es laut Arbonia 250 000, und bis 2030 wird mit einer Vervierfachung auf eine Million gerechnet. Beim Unternehmen, das wegen der schlechten Ertragssituation bereits im Juli den Abbau von 600 Stellen ankündigte, be-

steht die Hoffnung, dass dadurch auch der Absatz von Heizkörpern angekurbelt werden kann.

Zurzeit sind von den gut 16 Millionen Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland noch 75 Prozent mit einer Öl- oder Gasheizung ausgestattet. Rund 85 Prozent davon dürften nach Einschätzung von Arbonia für eine Umrüstung auf eine Wärmepumpe infrage kommen. Zieht man davon rund 30 Prozent ab, weil sich die Besitzer mutmasslich für eine andere alternative Heizquelle entschliessen, verbleiben rund 7 Millionen Objekte. Und 4 Millionen von ihnen könnten neue Radiatoren benötigen, weil sie beispielsweise nicht über eine Fussbodenheizung verfügen.

Auch wenn neben Arbonia noch weitere grosse Unternehmen in der Herstellung von Heizkörpern aktiv sind, hat man in der Firmenzentrale im thurgauischen Arbon hohe Erwartungen. Arbonia verspricht sich, zu den massgeblichen Profiteuren der Energiewende zu zählen und in diesem Zusammenhang auch neue Investoren anzulocken.